

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Rhein-Neckar-Zeitung GmbH, Neugasse 2, 69117 Heidelberg  
Internet: www.rnz.de. Erscheint werktäglich in 9 Ausgaben



Zustell-Service: Tel. (0 62 21) 5 19 - 13 00, Fax 5 19 - 9 13 00.  
Anzeigen-Annahme: Tel. (0 62 21) 5 19 - 11 90, Fax 5 19 - 9 11 50.  
Verlag und Redaktion: Tel. (0 62 21) 5 19 - 0, Fax: 5 19 - 9 50 00.

HEIDELBERGER

NACHRICHTEN

Auszug aus der Ausgabe Nr. 241 vom 17.10.2019

© Rhein-Neckar-Zeitung

## Solidarische Stadt: Wo jeder das Recht zu bleiben hat

Armuts-Aktionswoche befasste sich damit, wie Städte mit Geflüchteten umgehen – „Heidelberg ist auf dem richtigen Weg“



Die Heidelbergerin Ulrike Duchrow ist beim Asylarbeitskreis und beim Flüchtlingsrat Baden-Württemberg aktiv.

Foto: Hentschel

Von Maria Stumpf

Eine „solidarische Stadt“ wäre eine, die allen Bewohnern soziale und kulturelle Teilhabe ermöglicht, in der keine Fragen nach dem Aufenthaltsstatus gestellt werden, keine Meldungen an Ausländerbehörden erfolgen, aus der nicht abgeschoben wird. Eine Stadt, in der sich alle frei bewegen, arbeiten und wohnen können. Das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer „Solidarity City“. Wie nahe kommt Heidelberg diesem Ideal?

Dieser Frage stellte sich eine Veranstaltung im Rahmen der Aktionswoche des „Heidelberger Bündnisses gegen Armut und Ausgrenzung“. Im Fokus: die Solidarität einer Stadt mit Geflüchteten. Referentin war Ulrike Duchrow vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

Gegenwärtig können Kommunen Geflüchtete nicht direkt aufnehmen. Sie werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Dass Kommunen die Möglichkeit erhalten, Geflüchtete freiwillig und direkt aufzunehmen, sei aber längst nicht nur eine Forderung der Flüchtlingsorganisationen im In- und Ausland, sondern auch von Bürgermeistern, städtischen Initiativen und vom Europaparlament, so Duchrow. Das sei eine Nachfrage von „unten“ statt einer Verteilung von „oben“: „Indem sich Kommunen solidarisch mit Geflüchteten zeigen und ihre Aufnahmebereitschaft erklären, schaffen sie ein Gegenmodell zur Politik der Nationalstaaten.“

Kurz umriss sie die Bewegung der „Städte der Zuflucht“ (Sanctuary City). So nennen sich Städte in den USA, die sich weigern, an der Abschiebungspolitik von Präsident Trumps Administration mitzuwirken. „Städte der Solidarität“ indes ist seit 2016 ein internationaler Metropolen-Zusammenschluss auf Initiative von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern für die Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Diese „Solidarity Cities“ wollen eine „Stadt für alle“ sein. In der jeder das „Recht zu bleiben“ hat.

Diese solidarische Stadt wird laut Ulrike Duchrow von immer mehr Menschen und Kommunen als politisches Projekt begriffen. Sie wollten ein Mitspracherecht bei bundespolitischen und europapolitischen Fragen. Mitglieder sind zum Beispiel Zürich, Mailand, Leeds, Athen, Leipzig, Amsterdam, Bremen, Berlin, Ljubljana, Barcelona, Florenz und Stockholm.

Und was tut sich in Heidelberg? „Kommunen verfügen über Gestaltungsmöglichkeiten“, meint Duchrow. Zum Beispiel das Recht, einen Großteil ihrer öffentlichen Aufgaben selbstständig zu erledigen. In Heidelberg habe der Gemeinderat im Jahr 2011 beschlossen, die Kampagne zur Aufnahme von Resettlement-Flüchtlingen (Aufnahme von besonders gefährdeten Flüchtlingen) zu unterstützen. 2017 folgte die Bereitschaft zur Aufnahme von 50 Geflüchteten aus dem Relocation-Programm (Umsiedelung von schutzbedürftigen Personen aus einem anderen Staat der EU). Und im Jahr 2018 beschlossen die Heidelberger, den Appell anderer Städte zu unterstützen, schnellstmöglich eine Lösung für Geflüchtete in Seenot zu finden. Duchrow: „Alle drei Initiativen machen aus Heidelberg noch keine Solidarische Stadt im Sinne der ‚Solidarity-City-Bewegung‘. Aber man ist auf dem richtigen Weg.“